



Andreas Thiesen

Das Ende der Nachverdichtung

Über die offenen Flanken der Stadtentwicklung



Die wachsende Nachfrage nach innerstädtischem Wohnraum hält europaweit an. Zugleich ist die führende europäische Stadtentwicklungsstrategie der baulichen Nachverdichtung gescheitert. Stadtentwicklung findet heute im hochpreisigen Wohnsegment statt. Die bisherigen Konzepte europäischer Stadtplanung greifen zu kurz: Weder Suburbanisierung noch Nachverdichtung befriedigen die neuen Wohnbedürfnisse. Menschen verbinden mit urbanem Leben vor allem innerstädtisches Wohnen, den Puls, den Trubel, die Dynamik des Stadttreibens. Nicht grundlos *fahren* die meisten Menschen lediglich *durch* Vororte. Das Erschließen von Baulücken und Brachen hingegen gleicht dem Bild einer planerischen Einbahnstraße oder genauer: einer Sackgasse¹.

Immer mehr und höhere Gebäude werden geschaffen, häufig für dienstleistende Gewerbetreibende. Dort, wo Wohnraum entsteht, herrscht das Diktat architektonischer Mittelmäßigkeit, entstehen Bauhaus-Würfel so weit das Auge reicht. Nirgends wird der unfreiwillige Beitrag zur haptischen Architekturvermittlung deutlicher als in der Einführung der „LEGO-Architecture“-Linie. Dabei übersieht die Stadtplanung, dass urbane Diversität stets das Chaos impliziert: So unterschiedlich sich die „Kulturen“ von Stadtmenschen auch ausdrücken mögen, so gemeinsam ist ihnen die Liebe zur Großstadt ob ihrer Unberechenbarkeit – und zwar auch der baulichen!



Abb. 1: Stadtluft machte nie freier: Die Besetzung der TV-Serie „CSI New York“ beim „Lunch atop a Skyscraper“ auf der New York Bridge; Quelle: <http://www.theguardian.com/culture/tvandradioblog/2008/may/29/csiwihoutatracescrossovers>, Zugriff: 30.09.15.

Das Ende der Nachverdichtung ist also begriffsinhärent. Auf mittelfristige Sicht wird den Städten deshalb ihr Innovationspotenzial verloren gehen, die sozialen Folgekosten werden ansteigen und das ökologische Gleichgewicht der Stadt in Gefahr sein. Jene, die sich das Stadtleben nicht mehr leisten können, müssen schon heute vielerorts an die Ränder der Stadt

ausweichen. Die Zukunftsfähigkeit der Europäischen Stadt wird jedoch von ihrer sozialen, baulichen, ökonomischen und ökologischen Durchlässigkeit abhängen. Der Einzug der Agrikultur in die Stadt beispielsweise hat zur Folge, dass Landwirtschaft zunehmend zur Stadtwirtschaft wird. Neben dem globalen Versorgungsaspekt liegt in dieser Entwicklung auch ein sozialanthropologisches Moment: Wir, die wir in der Stadt zuhause sind, sehnen uns nach urbanen Lichtungen. Die gläsernen Bürotürme mögen Schatten spenden, dennoch wollen wir im Hochsommer nicht frieren.

Transcity

Stadtentwicklung europäischer Prägung muss anerkennen, dass es die kommunale Planungshoheit vergangener Dekaden, an der sich Jane Jacobs in ihrem Klassiker der Stadtsoziologie „Tod und Leben großer amerikanischer Städte“ noch abgearbeitet hatte, nicht mehr gibt (Jacobs 1963). Einerseits unterstreichen transnationale Förderprogramme des Bundes und der EU den Bedarf länderübergreifender Lösungsstrategien für lokale Probleme; schließlich sind die stadtpolitischen Wirkungszusammenhänge von Themenfeldern wie Verkehr, Energie oder Wohnungsbau mehrfach verortet. Andererseits fordern von Istanbul bis Helsinki neue Stadtbewegungen ihr „Recht auf Stadt“ ein. Ohne Anhörung und Beteiligung zivilgesellschaftlicher Initiativen ist heute in Europa keine soziale Stadtentwicklungspolitik mehr durchsetzbar. Hinzu kommt die wachsende Bedeutung der Privatwirtschaft bei Stadterneuerungsprozessen. So gesehen hinken die Hochschulen hinterher, wenn sie mit dem Begriff des „Urban Management“ operieren, da auf diese Weise nicht nur Stadtentwicklung zur

¹ Der Aufsatz ist Bestandteil eines im Frühjahr bei transcript erscheinenden Bandes des Autors mit Titel: „Die transformative Stadt. Reflexive Stadtentwicklung jenseits von Raum und Identität“.



„Chefsache“ erklärt, sondern – entscheidender noch – eine tatsächliche Steuerungsoption suggeriert wird. Die stadtpolitische Chiffre unserer Tage muss vielmehr „Urban Governance“ lauten. Stadtentwicklung wird längst vertikal und horizontal zugleich organisiert, kostet nicht kalkulierbare Zeit und ist, wie uns zuletzt die Gezi-Proteste gelehrt haben, ergebnisoffen.

Transformative Stadtentwicklung bildet heute eine der wichtigsten stadtpolitischen Diskurslinien (vgl. exemplarisch UFZ 2015), und in der Tat muss „Stadt“ sowohl auf der Agenda- als auch auf der Steuerungsebene weitergedacht werden, hin zur *Transcity*. Dieses Paradigma weist über den alten Gedanken der „integrierten Stadtentwicklung“ hinaus. Die *Transcity* birgt nicht weniger als das Versprechen, den monokausalen Kreislauf einer auf Nachverdichtung, architektonische Tristesse und Suburbanisierung setzende Stadtplanung zu durchbrechen. Bereits heute erproben zivilgesellschaftliche Stadtprojekte wie das Mietshäuser Syndikat, die vielerorts als ernstzunehmende kooperative Akteure der Stadtentwicklung auftreten, neue Bau-, Wohn- und Arbeitsformen. Dadurch bieten sie konkrete Alternativen zur bisherigen Stadtentwicklung an (vgl. Mietshäuser Syndikat 2015).

Recht auf Stadt für alle

Spätestens die durch die TAZ verbreitete Nachricht, die ländlich geprägte Insel Sylt sei nun auch von Gentrifizierung betroffen, hat die politische Inflation jener Lieblingsdebatte des Feuilletons offengelegt (Geisslinger 2014). Verdrängung ist jedoch, zugespitzt, nichts anderes als die *moralische Aufwertung* von Segregation – Segregation wiederum konstitutiv für Urbanität. Ein „Verdrängungsverbot“ impliziert den Ruf nach staatlicher Regulierung und missachtet die – wenn auch nicht immer berechenbaren – Selbstregulierungskräfte von Städten. Jene, die in Erinnerung an Henri Lefebvre ein „Recht auf Stadt“ fordern, können das so nicht wollen (vgl. hierzu auch Thiesen 2012).

Inzwischen muss der Wohnungsmarkt allerdings stellvertretend für sämtliche Strukturprobleme des Kapitalismus herhalten. In mühevoller kleinräumiger Recherche wird die Anzahl der privaten Ferienwohnungen im Kiez öffentlich angeprangert. Die entsprechenden Objekte tauchen als Marker in digitalen Karten im Internet auf. Das sozialpolitisch hergeleitete Argument stützt sich auf das „Zweckentfremdungsverbot“: Jene Wohnungen – in Berlin angeblich mehrere tausend – würden dem Wohnungsmarkt entzogen.

Wir sollten anerkennen, dass Städte durchaus imstande sind, katalytische Wirkung zu entfalten. Megacities wie Mumbai oder Istanbul demonstrieren täglich ihr Resilienzvermögen. Auf die Selbstheilungskräfte der Städte zu vertrauen, hat nichts mit Kulturrelativismus zu tun. Wir leben in Städten wegen ihrer Widersprüche, der machtvollen Augenblicke und des Unvorhersehbaren, kurz: ihrer begrenzten Planbarkeit!

Wer von sozialem Wohnungsbau spricht, bedient Tautologien. Wohnen ist natürlich immer und für alle eine soziale Frage, aber haben wir den Herausforderungen der transformativen Stadt wirklich nicht mehr entgegenzusetzen als „Mietpreisbremsen“ oder Forderungen nach „Milieubestandsschutz“? Forderungen wie diese will ich gar nicht denunzieren, gleichwohl müssen sie als das bezeichnet werden, was in ihnen zum Ausdruck kommt: Staatsgläubigkeit. Politik organisiert sich jedoch als Zusammenspiel zwischen zivilgesellschaftlichen Kräften, Verwaltung, Wirtschaft und Politik. Government war gestern. Regierungen empfangen demnach weder Wunschlisten besorgter Bürger, noch lassen sie sich ohne weiteres stürzen.

Das Ende der Nachverdichtung muss dabei keineswegs mit einem „Ende der Beschwerde“ (PeterLicht) einhergehen. Nur sollten wir unsere Vorstellungen von urbaner Partizipation zunächst reflektieren. Die Renaissance des Gemeinwesens ist alles andere als unproblematisch, da die regressive Gleichung „lokal = schützenswert“ höchstens als Verklärung Bestand haben kann. Die „Global City“ (Sassen) kennt keine physischen Grenzen. Vieles spricht also dafür, auf die Verräumlichung sozialer Konflikte mit Strategien der Enträumlichung zu reagieren. Das jedoch würde bedeuten, die emanzipatorischen Qualitäten der Stadt in den Mittelpunkt zu stellen und „überörtliche“ Forderungen wie soziale Mobilität, echte Bildungszugänge oder gesellschaftliche Anerkennung von Mehrsprachigkeit stark zu machen. Den kulturellen Resonanzboden solcher Forderungen bietet wiederum nur die Stadt. Lüften wir also einmal kräftig durch, bevor wir uns das Recht auf Stadt nehmen.

Prof. Dr. Andreas Thiesen

Professor für Sozialarbeitswissenschaften mit dem Schwerpunkt Sozialer Raum an der Fakultät Architektur und Sozialwissenschaften der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur (HTWK) Leipzig

Quellen:

Geisslinger, E. (2014): Gentrifizierung auf Sylt. In den Keller oder aufs Festland, in: TAZ v. 19.12.14, im Internet: <http://www.taz.de/!151643/>, Zugriff: 30.09.15.

Jacobs, J. (1963): Tod und Leben großer amerikanischer Städte. Frankfurt a. Main/Berlin: Ullstein.

Mietshäuser Syndikat (2015): Homepage, im Internet: <http://www.syndikat.org/de/>, Zugriff: 30.09.15.

Thiesen, A. (2012): Neue Spießr. Warum die übliche Kritik an der Gentrifizierung provinziell ist und zu nichts führt. In: DIE ZEIT v. 26.01.15, im Internet: <http://www.zeit.de/2012/05/Gentrifizierung>, Zugriff: 30.09.15.

UFZ – Helmholtz Zentrum für Umweltforschung (2015): UrbTrans. Urbane Transformationen: Nachhaltige Stadtentwicklung hinsichtlich Ressourceneffizienz, Lebensqualität und Resilienz, im Internet: <http://www.ufz.de/index.php?de=33021&nopagecache>, Zugriff: 30.9.15.